

Pressemitteilung

Berlin, 25. März 2019

09/2019

Rotstift bei Integration gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft

Einsparung führen langfristig zu deutlich höheren Kosten

Der Deutsche Städte und Gemeindebund hat die Bundesregierung nachdrücklich davor gewarnt, die Beiträge des Bundes zu den Integrationskosten – wie geplant – drastisch zu reduzieren. *„Wer hier den Rotstift ansetzt gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft und produziert langfristig zwangsläufig deutlich höhere Kosten“*, sagten der Präsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Erster Bürgermeister Dr Uwe Brandl und der Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg heute in Berlin. *„Integration ist eine Herkulesaufgabe. Wer auf halber Strecke aus kurzfristigen Sparerwägungen aus diesem gesamtgesellschaftlichen Projekt aussteigt gefährdet sehenden Auges den Erfolg. Das muss der Bundesregierung bewusst sein“*.

Die jüngst bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung, die Integrationsmittel radikal zu kürzen, stoßen bei den Kommunen auf deutlichen Widerstand. Anstelle der bisherigen Finanzmittel für Bund und Länder in Höhe von rund 4,7 Milliarden Euro pro Jahr soll zukünftig eine gestaffelte Flüchtlingspauschale treten. In der Folge sinken die Integrationsmittel in den kommenden Jahren sehr deutlich ab, ab dem Jahr 2022 werden die Leistungen nach Berechnungen nur noch rund 1,2 Milliarden Euro und damit etwa

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de

Homepage:

<http://www.dstgb.de>

ViSdP

Geschäftsführendes

Präsidialmitglied

Dr. Gerd Landsberg

Pressesprecher

Alexander Handschuh

25 Prozent der derzeitigen Summe betragen. Die pauschalen Zahlungen für Asylbewerber, die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und die Integrationspauschale sollen zukünftig wegfallen.

„Wer solche Überlegungen anstellt, der kennt ganz offenbar die Situation vor Ort nicht. Hunderttausende von Flüchtlingen sind derzeit von einer echten Integration noch meilenweit entfernt. Daran müssen wir arbeiten. Das können die Städte und Gemeinden aber nur, wenn die ausreichende Finanzausstattung gewährleistet ist. Integration findet immer vor Ort statt, die Finanzierung ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Herausforderung und für unser Gemeinwesen kann nicht nach Kassenlage gestaltet werden. Was wir heute einsparen, werden wir morgen in vielfacher Höhe ausgeben müssen. Durch misslungene Integration, weniger Sprachkenntnisse und Entstehung von Parallelgesellschaften. Das kann niemand ernsthaft wollen“.

Es ist zwar richtig, dass die Zahl der Asylbewerber derzeit zurückgeht. Pro Jahr kommen aber immer noch etwa 160.000 Personen nach Deutschland. Das entspricht der Bevölkerung einer Großstadt. Sie müssen untergebracht und versorgt werden, es müssen Kitaplätze und Schulstandorte geschaffen werden und die Menschen müssen integriert werden. Auch die Zahl der Abschiebungen von Menschen, die eigentlich kein Bleiberecht haben, steigt nicht an, sondern nimmt ab. Außerdem steigt die Zahl der Geduldeten ebenfalls an. Dies verursacht ebenfalls erhebliche Kosten bei den Kommunen. *„Wir erwarten nicht weniger Mittel, sondern eine langfristige, verlässliche Übernahme der Kosten, auch für die Geduldeten. Gerade im Bereich Integration muss die Politik zeigen, dass sie zu verantwortlichem und verlässlichem Handeln in der Lage ist. Dies tut sie nicht, indem sie die Kommunen mit dieser Herkulesaufgabe alleine lässt“*, so **Brandl** und **Landsberg** abschließend.